



Bundesverband e.V.

**„Nehmt uns die Butter
nicht vom Brot!“**

**AWO fordert Sofortmaßnahmen
für ein bezahlbares Leben für alle**

Impressum

AWO Bundesverband e. V.
Blücherstr. 62/63
10961 Berlin
Telefon: (+49) 30 – 263 09 – 0
Telefax: (+49) 30 – 263 09 – 325 99
E-Mail: info@awo.org
Internet: awo.org

Verantwortlich:
Claudia Mandrysch, Dr. Marvin Deversi
AWO Bundesvorstand

Verfasser:
Lukas Werner, Lukas Hochscheidt

E-Mail:
lukas.werner@awo.org, lukas.hochscheidt@awo.org

Satz/Layout:
Linda Kutzki, textsalz.de

© AWO Bundesverband e. V., Berlin. Das Copyright für Texte und Bilder liegt, soweit nicht anders vermerkt, beim AWO Bundesverband e. V.

Abdruck, auch in Auszügen, nur mit ausdrücklicher vorheriger Zustimmung des AWO Bundesverband e. V.

Alle Rechte vorbehalten.

Oktober 2025

Inhaltsverzeichnis

Zusammenfassung	4
Ausgangslage: Stetige Preissteigerungen seit Beginn der 2020er Jahre	5
Wieso gestiegene Preise für viele Haushalte ein Problem sind	7
Preisentwicklung einzelner Lebensmittel von September 2024 zu September 2025	14
Was tut die aktuelle Regierung gegen die Lebensmittel-Preiskrise?	16
Was es aus unserer Sicht braucht: Politische Forderungen der AW0 für ein bezahlbares Leben für alle	17
Anhang	19

Samstagmorgen an der Supermarktkasse: Ein Kilo Mehl, ein Päckchen Butter und eine Schachtel Eier laufen über das Kassenband. Es macht dreimal Piep – und auf dem Display erscheint die Summe: 4,13 €. Ganz schön teuer geworden, denken wir uns, und verlassen mal wieder kopfschüttelnd den Supermarkt.

Dieser Gedanke kommt Dir bekannt vor? Das ist kein Zufall: Das alltägliche Leben ist nachweislich teurer geworden – doch das ist nicht nur für das private Haushaltsbuch ein Thema. Das teure Leben ist politisch. In diesem Dossier zeigen wir, was das Gefühl an der Supermarktkasse mit Politik zu tun hat – und was wir jetzt tun können.

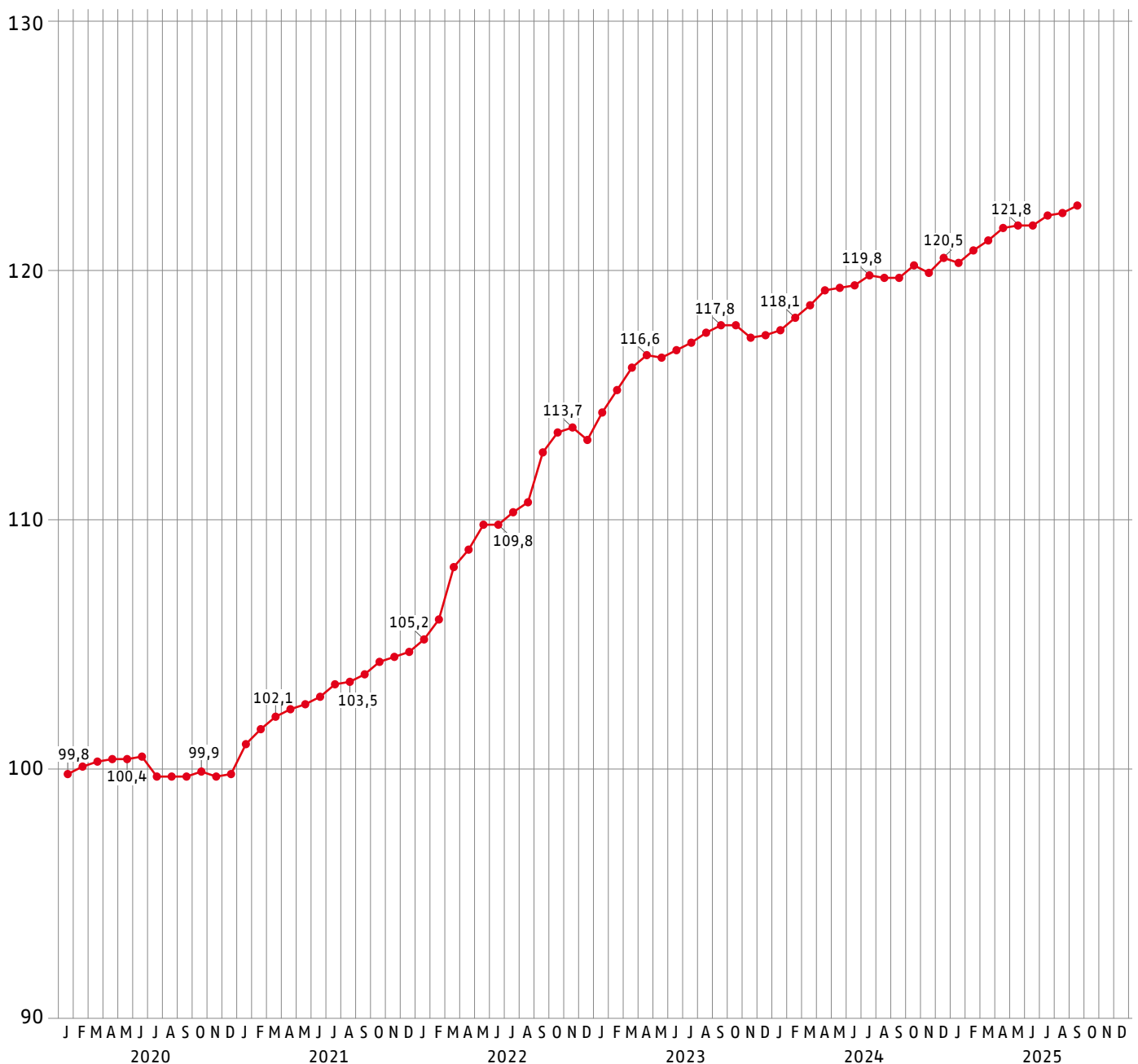
Zusammenfassung

- Das allgemeine Preisniveau ist seit 2020 deutlich gestiegen.
- Wichtige Sozialleistungen, der Mindestlohn und die Durchschnittslöhne konnten hier insgesamt mithalten und die Preissteigerungen im Durchschnitt auffangen.
- Aber: Diese Betrachtung erlaubt noch keinen Rückschluss auf die Situation von Haushalten mit geringem Einkommen: Der Warenkorb für diese Gruppe hat sich viel stärker verteuert als das allgemeine Preisniveau – hier hinken Sozialleistungen und die Löhne hinterher.
- Dies liegt vor allem an der besonders hohen Preissteigerung bei Lebensmitteln.
- Wir fordern deswegen:
 - Einmaliger Butter-Bonus zum Ausgleich der gestiegenen Lebensmittelpreise
 - Kostenloses Mittagessen in Bildungseinrichtungen
 - Echte Inflationsanpassung bei den Regelsätzen
 - Einkommenssteuerreform, die kleine und mittlere Einkommen entlastet

Ausgangslage: Stetige Preissteigerungen seit Beginn der 2020er Jahre

War die Entwicklung der Verbraucherpreise in Deutschland lange Zeit schwach bis moderat, ist seit Anfang der 2020er-Jahre ein kontinuierlicher Anstieg der Preise zu erkennen, beginnend mit dem Ausbruch der Pandemie und sich mit hoher Dynamik fortsetzend in Folge des russischen Angriffs auf die Ukraine ab Winter 2022 (siehe Abbildung 1). Diese Entwicklung hat sich heute zwar entspannt, hält allerdings weiter an.

Abbildung 1: Verbraucherpreisindex (allgemein), Jahresmittel 2020 = 100



Quelle: Statistisches Bundesamt (Destatis), 2025 | Stand: 14.10.2025, <https://www-genesis.destatis.de/datenbank/online/url/c55aaa79>

Im September 2025 lag der Verbraucherpreisindex des Statistischen Bundesamtes im Vergleich zum Jahresdurchschnitt 2020 bei 122,6. Das heißt, dass die Preise für Verbraucher*innen in den letzten fünf Jahren um 22,6 Prozent angestiegen sind. Oder einfach ausgedrückt: Waren und Dienstleistungen im Wert von 122,60 Euro hätten 2020 nur 100 Euro gekostet. Diese Geldentwertung („Inflation“) gilt nicht für alle Warengruppen und Dienstleistungsarten gleichermaßen, wie Tabelle 1 zeigt. Besonders ausgeprägt sind die Preissteigerungen in den Bereichen „Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke“, „Alkoholische Getränke und Tabakwaren“, „Verkehr“¹, sowie „Gaststätten- und Beherbergungsdienstleistungen“.

Tabelle 1: Verbraucherpreisindex nach Ausgabenarten

Verwendungszwecke des Individualkonsums	2020	2021	2022	2023	2024	2025
Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	100	103,1	116	130,3	132,8	136,1
Alkoholische Getränke und Tabakwaren	100	103,5	107,9	117,1	122,3	125,9
Bekleidung und Schuhe	100	101,5	102,3	106,1	109,3	109,3
Wohnung, Wasser, Strom, Gas und andere Brennstoffe	100	101,7	109,1	114,5	115,9	117,3
Möbel, Leuchten, Geräte u. a. Haushaltszubehör	100	102,7	110,5	117,6	118	118,0
Gesundheit	100	100,5	101,8	104,9	107,8	110,7
Verkehr	100	107,7	120	123,6	124,8	126,8
Post und Telekommunikation	100	99,4	99,4	99,8	99,1	98,4
Freizeit, Unterhaltung und Kultur	100	102,9	107,9	114	116,1	117,4
Bildungswesen	100	102,5	104,9	108,9	114,3	119,1
Gaststätten- und Beherbergungsdienstleistungen	100	102,7	110,5	119,5	126,9	131,3
Andere Waren und Dienstleistungen	100	103,8	106,1	113	120,2	126,4

Quelle: Statistisches Bundesamt (Destatis), 2025 | Stand 14.10.2025, Werte für 2025 auf Basis der Monate Januar bis September.
<https://www-genesis.destatis.de/datenbank/online/statistic/61111/table/61111-0003>

Aktuell (September 2025) sind die Verbraucherpreise im Vergleich zum Vorjahresmonat um 2,4 Prozent höher als 2024. Auch der Preisanstieg in einzelnen Warengruppen hält weiter an und liegt in einigen Bereichen über der allgemeinen Preisentwicklung: bei Nahrungsmitteln (2,9 Prozent), bei alkoholischen Getränken und Tabakwaren (3,7 Prozent), in den Bereichen Gesundheit (2,9 Prozent) und Bildung (5,1 Prozent) sowie bei Gaststätten- und Beherbergungsdienstleistungen (3,7 Prozent). Zudem sind starke Anstiege im Bereich „Andere Waren und Dienstleistungen“ zu erkennen (5,4 Prozent). Dahinter verbergen sich zum Beispiel Versicherungsdienstleistungen sowie Dienstleistungen sozialer Einrichtungen und von Friseur*innen.

¹ Hier vor allem durch Preissteigerungen bei Gebrauchtwagen, Ersatzteilen, Wartung und Reparatur von PKW, Sprit und Flugpreisen.

Wieso gestiegene Preise für viele Haushalte ein Problem sind

Viele Haushalte trifft die Preissteigerung in einer insgesamt angespannten wirtschaftlichen Lage. 80 Prozent der Menschen in Deutschland machen sich laut einer aktuellen Umfrage finanzielle Sorgen um ihre Zukunft. Dieser Wert liegt über dem europäischen Durchschnitt. 28 Prozent erwarten eine Verschlechterung ihres Lebensstandards in den kommenden zwölf Monaten.² 2024 lebten bereits fünf Prozent der Bevölkerung in Haushalten, die bei Rechnungen von Versorgungsbetrieben im Zahlungsverzug waren. Fast ein Drittel der Bevölkerung lebte in Haushalten, die aufgrund ihrer finanziellen Situation nicht in der Lage waren, unerwartete Ausgaben in Höhe von 1.250 Euro aus eigenen Mitteln stemmen zu können.³

Deutlich wird: Preissteigerungen stellen vor allem dann ein Problem dar, wenn die verfügbaren Einkommen nicht mit der Preisentwicklung Schritt halten können. Abbildung 2 (auf der nächsten Seite) zeigt die prozentuale Entwicklung der Nominallöhne, des Mindestlohns, von verschiedenen Sozialleistungen sowie die allgemeine Preisentwicklung seit Januar 2020.

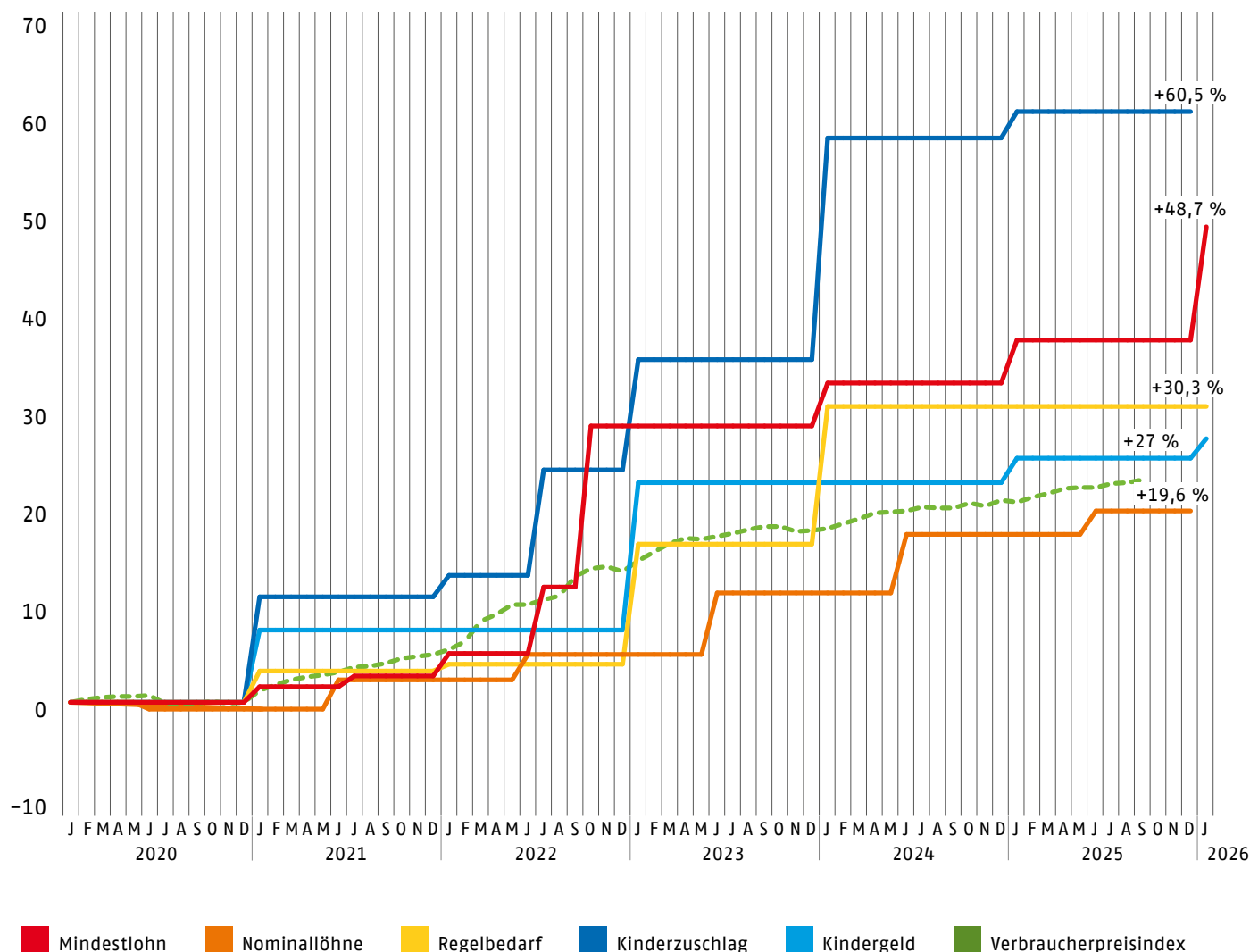
Es zeigen sich positive Entwicklungen sowohl für Löhne als auch für die abgetragenen Sozialleistungen. Besonders hohe prozentuale Zuwächse im Vergleich zum Referenzwert im Januar 2020 lassen sich für den Maximalbetrag des Kinderzuschlags und den Mindestlohn erkennen. Zusammen mit der nicht dargestellten mehrfachen Erhöhung des Wohngeldes im Zuge der Wohngeldplusreform und der Fortschreibung zum Jahresbeginn 2025 wurden damit Preissteigerungen für Menschen mit geringen Einkommen aus Erwerbsarbeit und mit geringen Rentenansprüchen abgedeckt. Die prozentualen Zugewinne liegen deutlich über der allgemeinen Preisentwicklung (grüne gestrichelte Linie). Auch die Regelbedarfe in der Grundsicherung wurden deutlich erhöht und sind im langfristigen Vergleich stärker gestiegen als die allgemeine Preisentwicklung. Nur die durchschnittliche Entwicklung der Nominallöhne bleibt leicht hinter der Preisentwicklung hinterher.

Das klingt, als hätte die Ampel-Regierung bei der Bekämpfung der Inflationsfolgen eigentlich einen guten Job gemacht. Blickt man auf die *allgemeine* Preissteigerung, dann stimmt das auch: Denn neben den gestiegenen Sozial-

2 CRIF (2025): 80 Prozent der Bundesbürger blicken mit Unsicherheit auf ihre finanzielle Zukunft, <https://www.crif.de/pr-events/presse-meldungen/umfrage-80-prozent-der-bundes-buerger-blicken-mit-unsicherheit-auf-ihre-finanzielle-zukunft/>, zuletzt abgerufen am 10.07.2025.

3 Statistisches Bundesamt (Destatis) (2025): Kein Geld für Rechnungen und unerwartete Ausgaben, https://www.destatis.de/Europa/DE/Thema/Bevoelkerung-Arbeit-Soziales/Soziales-Lebensbedingungen/Kein_Geld.html, zuletzt abgerufen am 10.07.2025.

Abbildung 2: Entwicklung von Regelbedarf, Kinderzuschlag, Kindergeld, Mindestlohn und Nominallohnen im Vergleich zum Verbraucherpreisindex seit 2020 (in Prozent)



Alle Daten bilden die Entwicklung im Vergleich zu Januar 2020 ab.

Dargestellt wird die Höhe des Kindergeldes für das erste Kind und zweite Kind, seit 2023 für alle Kinder. Das Kindergeld für das dritte Kind betrug 210 Euro (2020) bzw. 225 Euro (2021 und 2022).

Der Sofortzuschlag in Höhe von 20 Euro (seit 1.7.22) bzw. 25 Euro (seit 1.1.25) wird beim Kinderzuschlag berücksichtigt.

Keine Darstellung des Wohngeldes, da dieses aufgrund der Mietstufen regional unterschiedlich hoch ausfällt.

Für die Nominallohne: Darstellung der Entwicklung der Jahresmittelwerte im Vergleich zu 2019; für 2025 Januar bis Juni; der besseren Lesbarkeit halber jeweils im Juni eines Jahres abgetragen.

Lesehilfe: Der Graph zeigt die Entwicklung in Prozent im Vergleich zum Referenzwert (Januar 2020 = 0); die Nominallohne werden jeweils nur für das erste Quartal eines Jahres dargestellt

Quelle: eigene Berechnungen; für den Verbraucherpreisindex: Statistisches Bundesamt (Destatis), 2025 | Stand 14.10.2025, <https://www-genesis.destatis.de/datenbank/online/url/c55aaa79>;

leistungen, wurde auch preis- und fiskalpolitisch einiges getan. Mit den Preisbremsen für Gas und Strom und der Möglichkeit, Inflationsausgleichprämien steuerfrei zu gewähren, wurden Konsument*innen und Unternehmen weiter entlastet. Hinzu kamen Einmalzahlungen an verschiedene Bevölkerungsgruppen, darunter Studierende, Rentner*innen und Bezieher*innen der Grundsicherung sowie der Kindersofortzuschlag.

Laut Berechnungen der Projektgruppe Gemeinschaftsprognose, die sich aus führenden Wirtschaftsforschungsinstituten zusammensetzt, führten die Strom- und Gaspreisbremse bis April 2023 zu einer Senkung der Verbraucherpreisinflation um 0,6 Prozentpunkte.⁴ Die Bundesbank hatte Ende 2022 prognostiziert, dass die Gaspreisbremse die Inflation 2023 sogar um einen vollen Prozentpunkt und die Strompreisbremse um weitere 0,5 Prozentpunkte senken würde. Da das Alternativszenario ohne Preisbremsen nicht beobachtet werden kann, handelt es sich bei diesen Berechnungen immer nur um Annäherungsversuche – diese deuten jedoch klar darauf hin, dass die Preisbremsen die Inflation tatsächlich gesenkt haben.⁵

Alles in Butter also? Weit gefehlt!

Die getroffenen Maßnahmen haben die Inflation abgemildert. Außerdem zeigen die Inflationsraten für verschiedene Einkommensgruppen auch eine Verlagerung: Nach den jüngsten Berechnungen des IMK⁶ sind inzwischen Personen mit höheren Einkommen von etwas höheren Inflationsraten betroffen als einkommensschwächere Bevölkerungsgruppen. Das ist vor allem auf die niedrigeren Energiepreise zurückzuführen, die bei einkommensstarken Haushalten weniger stark ins Gewicht fallen als bei einkommensschwächeren, in deren Warenkorb Güter des alltäglichen Bedarfs eine größere Rolle spielen. Eine weitere Ursache für diese Entwicklung ist die stärkere Inanspruchnahme von Dienstleistungen in höheren Einkommensschichten, die sich zuletzt überdurchschnittlich stark verteuert haben.

Sieht man genauer hin, erkennt man, dass die Folgen für manche Menschen erheblich waren. Denn Preissteigerungen treffen Menschen in unterschiedlichen Lebens- und Einkommenslagen unterschiedlich stark. Generell gilt: Je höher das Haushaltseinkommen, desto geringer ist der Anteil des verfügbaren Einkommens, das für die Befriedigung von Grundbedürfnissen eingesetzt wird. Das zeigt Tabelle 2: Haushalte mit Einkommen in der untersten Einkommenskategorie verwenden 70 Prozent ihres Einkommens für Ausgaben im Bereich von Wohnen und Energie und für Nahrungsmittel und Getränke. In der höchsten Einkommenskategorie sind es hingegen nur 43 Prozent.

4 Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose (2025): Gemeinschaftsdiagnose #1-2023, https://gemeinschaftsdiagnose.de/wp-content/uploads/2023/04/GD_1_2023.pdf.

5 Deutsche Bundesbank (2022): Monatsbericht Dezember 2022, 74. Jahrgang, Nr. 12, <https://www.bundesbank.de/resource/blob/895890/21ca496375acb5acea78bae3f00f2760/mL/2022-12-monatsbericht-data.pdf>.

6 Tober, Silke (2025): IMK Inflationsmonitor: Inflation steigt im August auf 2,2 %, Energiepreise dämpfen deutlich weniger. IMK Policy Brief Nr. 198, Düsseldorf.

Tabelle 2: Konsumausgaben privater Haushaltenach dem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen 2022

	Monatliches Haushaltsnettoeinkommen von... bis unter... Euro				
	unter 1250	1250- 2500	2500- 3500	3500- 5000	5000 und mehr
	je Haushalt und Monat in Euro				
private Konsumausgaben	1066	1643	2368	3089	4634
in %					
Wohnen, Energie, Wohnungsinstandhaltung	51	43	40	37	31
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren u. Ä.	19	17	16	15	13
Verkehr	5	9	11	11	15
Freizeit, Sport, Kultur	4	7	8	9	10
Bekleidung, Schuhe	3	3	4	4	4
Sonstige	17	21	23	25	28

Quelle: Statistisches Bundesamt (Destatis), Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) & Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (BiB) (Hrsg.) (2024): Sozialbericht 2024: Ein Datenreport für Deutschland, S.182.

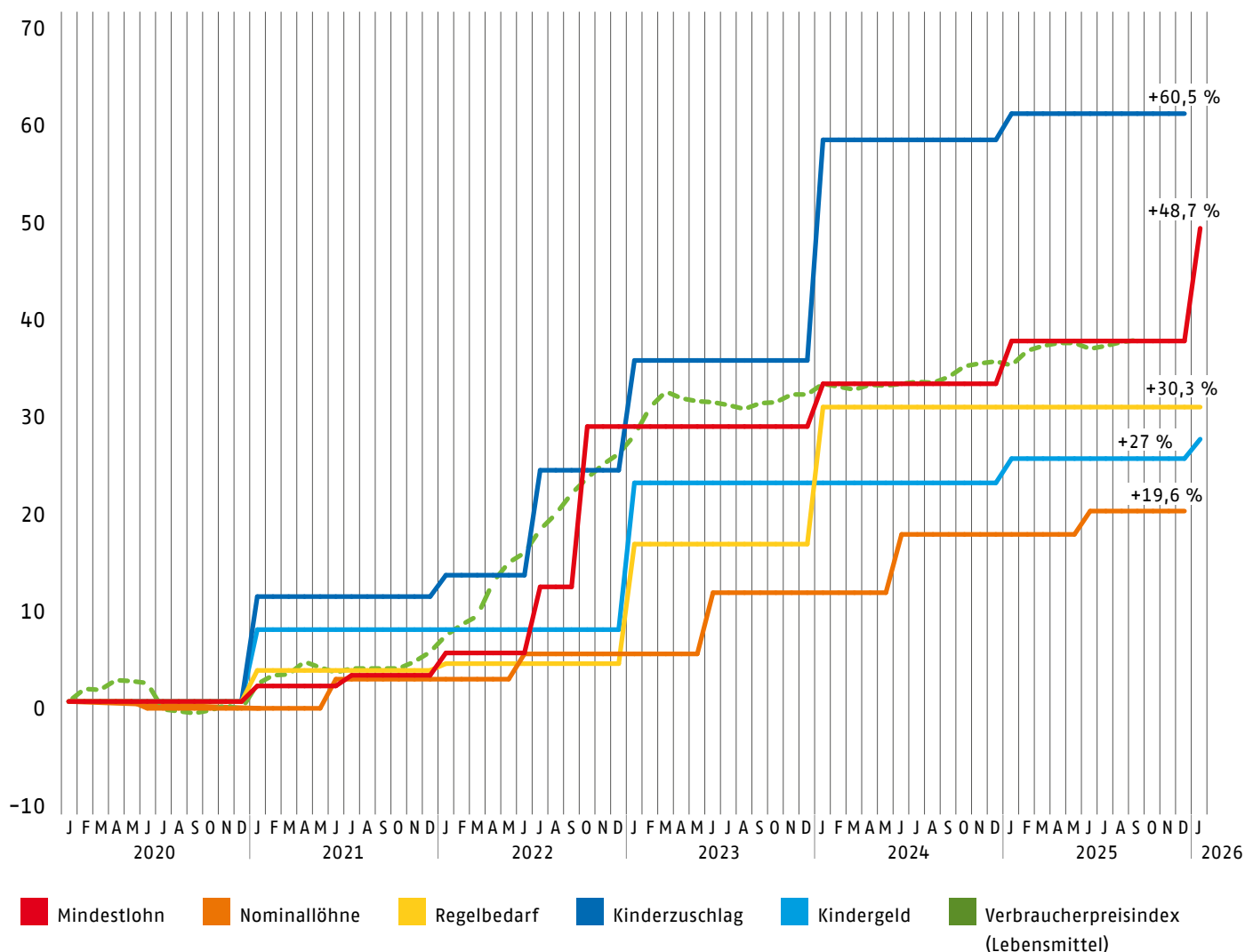
Gerade die starken Preisschocks infolge des Angriffs auf die Ukraine belasteten besonders einkommensschwächere Haushalte, wie Auswertungen des IMK für das Jahr 2022 zeigen.⁷

Der Blick auf die aktuellen Zahlen zeigt: Im Vergleich zu Januar 2020 ist die Preisentwicklung für Lebensmittel deutlich stärker als die der Regelbedarfe (siehe Abbildung 3 auf der nächsten Seite). Auch die Durchschnittslöhne und das Kindergeld fallen immer noch deutlich hinter den Lebensmittelpreisen zurück. Einzig die Erhöhungen von Kinderzuschlag und des Mindestlohns können seit 2023 auch mit der Entwicklung der Lebensmittelpreise Schritt halten.

Wir erleben also inzwischen keine schockhafte allgemeine Inflationskrise mehr – **sondern eine schleichende Krise der Lebensmittelpreise**. Wenig überraschend ist das Thema „Inflation“ weitgehend aus dem medialen und öffentlichen Diskurs verschwunden, denn: Es betrifft weite Teile der Mittelschicht sowie die Oberschicht nicht mehr so unmittelbar wie in den vergangenen Jahren. Dass Menschen ohne oder mit geringen Einkommen unter den weiter steigenden Lebensmittelpreisen leiden, scheint keine großen Schlagzeilen wert zu sein.

⁷ Dullien, Sebastian; Tober, Silke (2023): IMK Inflationsmonitor – Deutliche Inflationsunterschiede zwischen Arm und Reich im Jahr 2022. IMK Policy Brief Nr. 144, Düsseldorf.

Abbildung 3: Entwicklung von Regelbedarf, Kinderzuschlag, Kindergeld, Mindestlohn und Nominallöhnen im Vergleich zu den Lebensmittelpreisen seit 2020 (in Prozent)



Alle Daten bilden die Entwicklung im Vergleich zu Januar 2020 ab.

Dargestellt wird die Höhe des Kindergeldes für das erste Kind und zweite Kind, seit 2023 für alle Kinder. Das Kindergeld für das dritte Kind betrug 210 Euro (2020) bzw. 225 Euro (2021 und 2022).

Der Sofortzuschlag in Höhe von 20 Euro (seit 1.7.22) bzw. 25 Euro (seit 1.1.25) wird beim Kinderzuschlag berücksichtigt.

Keine Darstellung des Wohngeldes, da dieses aufgrund der Mietstufen regional unterschiedlich hoch ausfällt.

Für die Nominallöhne: Darstellung der Entwicklung der Jahresmittelwerte im Vergleich zu 2019; für 2025 Januar bis Juni; der besseren Lesbarkeit halber jeweils im Juni eines Jahres abgetragen.

Lesehilfe: Der Graph zeigt die Entwicklung in Prozent im Vergleich zum Referenzwert (Januar 2020 = 0); die Nominallöhne werden jeweils nur für das erste Quartal eines Jahres dargestellt

Quelle: eigene Berechnungen; für den Verbraucherpreisindex: Statistisches Bundesamt (Destatis), 2025 | Stand 14.10.2025, <https://www-genesis.destatis.de/datenbank/online/url/c55aaa79>;

Das ist aber noch kein Grund für Entwarnung, ganz im Gegenteil: Da die Preisentwicklung im Bereich von Lebensmitteln sehr stark war und weiter anhält, leiden Menschen mit geringen und mittleren Einkommen dennoch stärker unter den anhaltenden Preissteigerungen als wohlhabende Menschen. Der sowieso schon geringe Spielraum für Ausgaben im Bereich sozialer und kultureller Teilhabe wird dadurch in der unteren Mittelschicht noch enger und bei armutsgefährdeten und -betroffenen Menschen verursacht er Einschränkungen bei der Befriedigung von

Grundbedürfnissen, zum Beispiel beim Kauf von gesunden Lebensmitteln. Menschen mit geringen finanziellen Mitteln können gestiegene Preise für Lebensmittel nicht durch veränderte Konsumentenscheidungen oder gar den Einsatz von Ersparnissen ausgleichen, da diese in der Regel gar nicht vorhanden sind. Während einkommensstarke Personen bei Ausgaben für Luxusgüter und Freizeitaktivitäten sparen können, um teurere Lebensmittel „abzufedern“, sind arme und armutsbedrohte Haushalte schon heute darauf angewiesen, quasi ihre gesamten Einkünfte für Ausgaben des täglichen Bedarfs einzusetzen. Sie kaufen bereits die günstigsten Lebensmittel und können nur noch sparen, indem sie auf kostenlose Angebote umsteigen, wie bspw. Tafeln. Und auch hier zeigen die Statistiken, dass der Zulauf immer stärker wird.⁸

Es gibt verschiedene Hinweise darauf, dass die Preissteigerungen im Bereich von Lebensmitteln insbesondere Menschen im Bezug von Leistungen der Grundsicherung vor Probleme stellen. Dies bestätigt auch der Siebte Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, dessen Entwurf Anfang Oktober veröffentlicht wurde.⁹ Laut einer aktuellen Umfrage unter Bürgergeldbeziehenden von Sanktionsfrei e.V.¹⁰ gibt nur etwa jede*r Zweite an, dass im Haushalt alle satt werden. Mehr als die Hälfte der Eltern verzichtet laut den Ergebnissen zugunsten der eigenen Kinder auf Essen. 2024 konnten sich laut Angaben des Statistischen Bundesamtes 11,2 Prozent der Menschen in Deutschland nicht jeden zweiten Tag eine vollwertige Mahlzeit mit Fleisch, Geflügel oder Fisch bzw. einer vegetarischen Alternative leisten.¹¹ Das entspricht mehr als neun Millionen Menschen. Der Wissenschaftliche Beirat für Ernährung beim Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft kam schon 2023 zu dem Schluss, dass die im Regelsatz vorgesehenen Ausgaben nicht für eine gesundheitsfördernde Ernährung ausreichen – und das, obwohl der Gesetzgeber hier keine Streichungen bei der Ermittlung der Bedarfe vornimmt und die Anpassung der Regelbedarfe an die Inflation im Zuge der Bürgergeldeinführung reformiert habe.¹² Irene Becker zeigt in ihrer Expertise im Auftrag des Paritätischen Gesamtverbands jedoch auf, dass die Erhöhungen durch diese neue Fortschreiberegeln die Kaufkraftverluste

8 Tafel Deutschland (2024): Tafel-Umfrage 2024, https://www.tafel.de/fileadmin/media/Presse/Zahlen_und_Fakten/250623_TD_Fakten_Aktuelle_Herausforderungen.pdf.

9 Lebenslagen in Deutschland: Der Siebte Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung. Berichtsentwurf vom 1. Oktober 2025, S. 90.

10 Gesine Höltnann/Sanktionsfrei e.V. (2025): Wie geht es den Menschen im Bürgergeldbezug? Ein Stimmungsbild nach zwei Jahren Bürgergeld.

11 Statistisches Bundesamt (Destatis) (2025): Kriterien der materiellen und sozialen Entbehrung, <https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Einkommen-Konsum-Lebensbedingungen/Lebensbedingungen-Armutsgefaehrung/Tabellen/entbehrung-zvgl.html?templateQueryString=materielle+entbehrung>, zuletzt aufgerufen am 29.07.2025.

12 Wissenschaftlicher Beirat für Agrarpolitik, Ernährung und gesundheitlichen Verbraucherschutz beim BMEL (2023): Ernährungsarmut unter Pandemiebedingungen. Stellungnahme. Berlin, S.109.

der früheren Jahre nicht ausgleichen konnten.¹³ So überrascht kaum, dass 2024 in einer Umfrage unter allen Tafeln in Deutschland 29 Prozent der Befragten angaben, dass sie – zumindest temporär – einen Aufnahmestopp bzw. eine Warteliste für neue Klient*innen einführen mussten. 67 Prozent sagten, dass die geretteten Lebensmittel nicht mehr ausreichten.¹⁴ Auch in den Einrichtungen der Freien Wohlfahrtspflege spürt man die Auswirkungen von zunehmender Ernährungsarmut. Im Rahmen einer qualitativen Befragung unter Fachkräften der Offenen Jugendarbeit in der AWO wurde schon 2024 deutlich, dass immer mehr Jugendliche, die die Einrichtungen besuchen, zuhause kein warmes Essen mehr erhalten bzw. auf Gemeinschaftsverpflegung in der Kinder- und Jugendhilfe angewiesen sind.¹⁵

Dabei ist die Tatsache, dass man sich nicht mehr oder nur mit großen Mühen mit Lebensmitteln versorgen kann, eine Gefahr für die Demokratie. Menschen, die unverschuldet daran scheitern, ihre Grundbedürfnisse zu versorgen, hegen Zweifel daran, ob das herrschende System noch funktioniert. Sie verlieren Vertrauen in die demokratische Ordnung.

Auf den folgenden Seiten zeigen wir aktuelle Preissteigerungsraten für einige Lebensmittel – eine vollständige Übersicht mit allen statistisch erfassten Kategorien findet sich im Anhang.

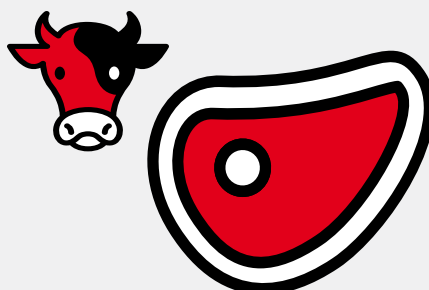
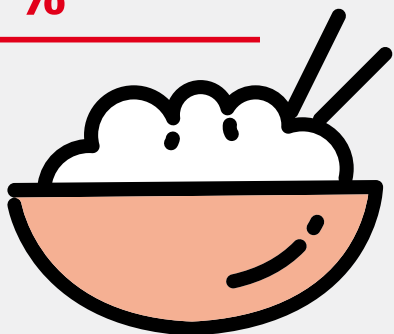
13 Dr. Irene Becker (2024): Bürgergeld: Erhöhungen gleichen Kaufkraftverluste in früheren Jahren nicht aus. Kurzexpertise im Auftrag des Paritätischen Gesamtverbands. [Becker2024_Buergergeld_Inflation_2021-2024.pdf](#).

14 Tafel Deutschland (2024): Tafel-Umfrage 2024, https://www.tafel.de/fileadmin/media/Presse/Zahlen_und_Fakten/250623_TD_Fakten_Aktuelle_Herausforderungen.pdf.

15 Deike Janssen (2024): Die unsichtbare Krise: Ernährungsarmut in sozialen Einrichtungen. TUP – Theorie und Praxis der Sozialen Arbeit, 3/2024.

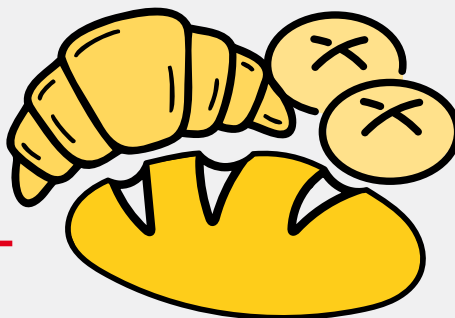
Preisentwicklung einzelner Lebensmittel von September 2024 zu September 2025

+3,9 %



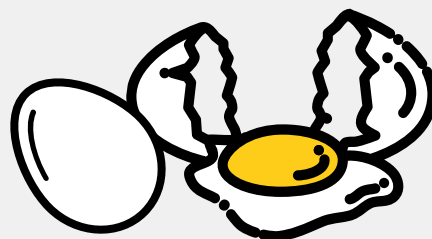
+12,6 %

+0,2 %



+3,2 %

+5,0 %



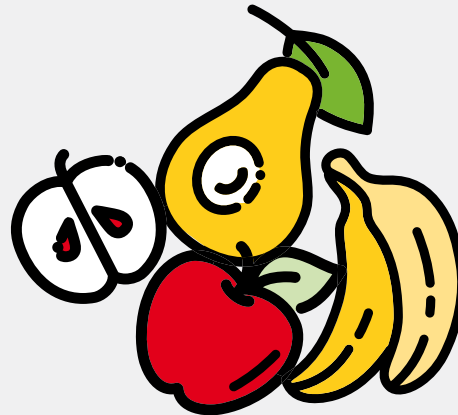
BUTTER

+2,6 %





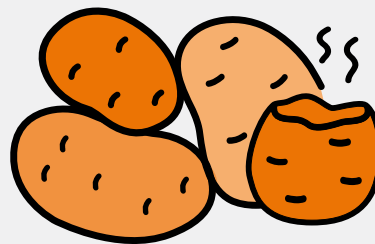
+21,9 %



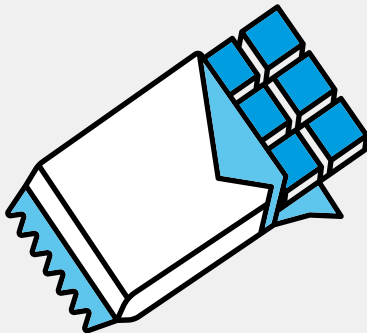
+5,1 %



-0,8 %

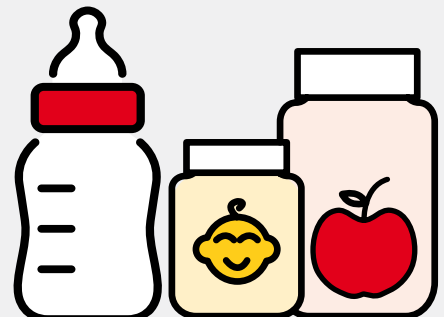


-11,8 %



+21,2 %

+2,2 %



Bürgergeld-Regelsätze

±0 %



Was tut die aktuelle Regierung gegen die Lebensmittel-Preiskrise?

Während die Ampel-Regierung mit einigen Maßnahmen im sozial-, preis- und fiskalpolitischen Bereich gegengesteuert bzw. die Auswirkungen der Teuerung abgefedert hat, ist der schwarz-roten Regierung bisher nicht viel eingefallen, um der Krise der Lebensmittelpreise entgegenzuwirken. Ganz im Gegenteil: Sozialleistungen sollen nach dem Willen der Koalition nicht immer weiter steigen, sondern – wenn es nach Teilen der Koalition ginge – eher sinken. Und auch bei steuerlichen Maßnahmen stehen die Koalitionär*innen sprichwörtlich „auf der Bremse“: Die angekündigte Stromsteuersenkung kommt zunächst nur für Unternehmen, nicht für Privathaushalte. Welche Form die geplante Einkommenssteuerreform haben wird und ob sie tatsächlich niedrige Einkommen entlastet, ist offen. Klar ist nur: Nächstes Jahr werden die Regelsätze in der Grundsicherung angegangen – und dem Koalitionsvertrag zufolge darf hier nicht von einem wirksamen Inflationsausgleich ausgegangen werden.

Was es aus unserer Sicht braucht: Politische Forderungen der AWO für ein bezahlbares Leben für alle

Wir fordern die Bundesregierung daher mit Nachdruck dazu auf, die Preissteigerungen für armutsbetroffene und einkommensschwache Haushalte wirksam abzufedern. Wenn die Preise weiter steigen, braucht es zunächst eine kurzfristige Maßnahme damit das Leben leistbar bleibt. Eine Senkung der Mehrwertsteuer ist aus Sicht der AWO explizit nicht das Mittel der Wahl, da sie nicht gezielt entlastet und darüber hinaus Löcher in die öffentlichen Haushalte reißt, die im Gegenzug durch Kürzungen an anderer Stelle kompensiert werden müssten. Außerdem birgt eine Mehrwertsteuersenkung die Gefahr von Mitnahmeeffekten, wenn die Senkungen nicht an die Verbraucher*innen weitergegeben werden.

Zielführender wäre aus Sicht der AWO kurzfristig:

- Ein **Butterbonus** in Form einer Einmalzahlung, der nicht auf Sozialleistungen angerechnet wird, für Haushalte, die Bürgergeld, Sozialhilfe oder Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz beziehen. Für Ein-Personen-Haushalte läge der Bonus bei 300 Euro. Dies würde einmalig die durchschnittlichen Kosten ausgleichen, die einer Person pro Monat für Lebensmittel anfallen, und so für eine Verschnaufpause beim Haushaltsbudget sorgen.¹⁶ Menschen mit Einkommen oberhalb der Einkommensgrenzen für diese Leistungssysteme und unterhalb des Eckwerts für den Spitzensteuersatz (derzeit 68.496 Euro zu versteuerndes Einkommen p. a. für eine Person) könnten mit einem zu versteuernden Butterbonus in Höhe von 200 Euro entlastet werden, analog der Energiepreispauschale im Jahr 2022. Damit profitieren auch Menschen, die Wohngeld, Kinderzuschlag oder eine geringe Rente beziehen bzw. kleine und mittlere Einkommen aus Erwerbsarbeit oder Selbstständigkeit haben.

¹⁶ Die aktuellsten verfügbaren Daten zu den durchschnittlichen monatlichen Ausgaben eines Ein-Personen-Haushalts für Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren u.Ä. stammen aus 2022 und betragen 245 Euro. Berücksichtigt man die Preissteigerungen bei Nahrungsmitteln und alkoholfreien Getränken zwischen 2022 und 2024, so ergibt sich für 2024 ein durchschnittlicher monatlicher Konsumwert von 280,35 Euro für Ein-Personen-Haushalte.

Langfristig geboten sind Reformen bei der **Regelbedarfsermittlung und der Fortschreibung** in der Grundsicherung sowie in der **Einkommensteuer**:

- Die im Regelbedarf vorgesehenen Ausgaben für Ernährung reichen nicht für eine gesunde Ernährung aus. Grund dafür ist die Berechnung des Regelsatzes auf Basis der Ausgaben von Haushalten in prekären finanziellen Einkommenslagen. Im Zuge des Regelbedarfsermittlungsgesetzes 2026 ist dieses Problem durch eine stärkere **Orientierung an den Verbrauchsausgaben der Mitte** zu lösen.
- Die aktuellen gesetzlichen Regelungen zur **Fortschreibung der Regelbedarfe** führen trotz steigender Preise zu Nullrunden. Um Kaufkraftverluste zu vermeiden, muss die Fortschreibung auf Basis der aktuellen Regelbedarfe erfolgen. Der Zeitraum zur Ermittlung des Preisindex muss möglichst nah am Jahresende liegen. Zudem ist mit Ablauf eines Kalenderjahres zu prüfen, ob die Fortschreibung zu Jahresbeginn die Kostensteigerungen wirklich ausgeglichen hat. Ist dies nicht der Fall, sollte ein ergänzender Ausgleich durch eine **Einmalzahlung** erfolgen. Diese Maßnahme könnte den „Butterbonus“ für Personen in der Grundsicherung langfristig ablösen.
- Für kleine Einkommen stellen hohe Preise für alltägliche Güter eine zunehmende Belastung dar, besonders in Kombination mit steigenden Wohnkosten. Die von der Koalition für Mitte der Legislatur in Aussicht gestellte Reform der **Einkommensteuer** muss so gestaltet werden, dass davon Haushalte mit kleinen und mittleren Einkommen substantiell profitieren. Geboten sind: ein **höherer Grundfreibetrag** und die **Zusammenlegung der Tarifzonen 1 und 2** zu einer Tarifzone mit gleichmäßig ansteigender Steuerbelastung für Einkommen zwischen Grundfreibetrag und dem Eckwert für den Spitzensteuersatz. Für den Ausgleich der kalten Progression ist ein sogenannter **Tarif auf Rädern** geeignet, der die Eckwerte automatisch an die Inflationsrate anpasst. Der Eckwert für den Reichensteuersatz ist von der Anpassung auszunehmen. Der Tarif auf Rädern ersetzt den „Butterbonus“ langfristig für Personen mit geringen Erwerbseinkommen.
- Ein **Kostenloses Mittagessen in Bildungseinrichtungen** für alle Kinder und Jugendlichen sollte durch institutionelle Förderungen der Träger flächendeckend bereitgestellt werden. Damit würde sichergestellt, dass alle Kinder und Jugendlichen in Schulen und Kindertageseinrichtungen erreicht werden. Diese Maßnahme ist im Vergleich zum Bildungs- und Teilhabepaket garantiert stigmatisierungsfrei und reduziert Bürokratie für Bürger*innen und in den gewährenden Stellen.

Kontakt

Lukas Werner (Referent für Sozialpolitik), lukas.werner@awo.org
Lukas Hochscheidt (Vorstandsreferent), lukas.hochscheidt@awo.org

Anhang

	2024	2025	Veränderung in Prozent
Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	133	136,8	2,9
Nahrungsmittel	133,3	136,1	2,1
<i>Brot und Getreideerzeugnisse</i>	138,9	140,2	0,9
Reis, einschließlich Reiszubereitungen	135,8	141,1	3,9
Mehl und andere Getreideerzeugnisse	147,5	146,6	-0,6
Brot und Brötchen	136,1	138,6	1,8
Andere Backwaren	144,5	145,7	0,8
Pizza, Quiches oder Ähnliches	137,4	134,4	-2,2
Teigwaren	148,2	148,5	0,2
Frühstückszubereitungen	132,7	127,9	-3,6
Andere Getreideprodukte	117,3	121,9	3,9
<i>Fleisch und Fleischwaren</i>	129,7	133,8	3,2
Rind- und Kalbfleisch	133,5	150,3	12,6
Schweinefleisch	131	138,2	5,5
Lamm- und Schaffleisch, Ziegenfleisch	125,9	131,7	4,6
Geflügelfleisch	140,7	147,9	5,1
Andere Fleischprodukte	123,2	127,3	3,3
Leber oder andere Innereien	119,2	124,7	4,6
Fleisch- und Wurstwaren	126	124,6	-1,1
Anderes Fleisch, verarbeitet und zubereitet	129,2	133,3	3,2

	2024	2025	Veränderung in Prozent
<i>Fisch, Fischwaren und Meeresfrüchte</i>	129,3	130,8	1,2
Fische und Fischfilets, frisch oder gekühlt	129	132,7	2,9
Fische und Fischfilets, tiefgefroren	130,2	131,2	0,8
Meeresfrüchte, frisch oder gekühlt	116,2	118,5	2,0
Tiefgefrorene Meeresfrüchte	108,3	107,2	-1,0
Fisch, getrocknet, geräuchert oder gesalzen	126,3	127,9	1,3
Konserven und andere Zubereitungen von Fisch	135,1	136,5	1,0
<i>Molkereiprodukte und Eier</i>	141,3	146,4	3,6
Vollmilch	133,2	139,8	5,0
Teilenträhmte Milch	137,9	143,2	3,8
Kondensierte Milch	165,3	169,2	2,4
Joghurt	134,8	133,8	-0,7
Käse und Quark	146	152,1	4,2
Andere Milchprodukte	136,5	142,8	4,6
Eier	138,5	143	3,2
<i>Speisefette und Speiseöle</i>	158,5	153,5	-3,2
Butter	146,9	150,7	2,6
Margarine oder Pflanzenfett	156	154,9	-0,7
Olivenöl	205,5	159	-22,6
Sonnenblumenöl, Rapsöl oder Ähnliches	161,1	157,5	-2,2
Schmalz oder anderes tierisches Speisefett	144,9	155,1	7,0

	2024	2025	Veränderung in Prozent
<i>Obst</i>	119,2	125,3	5,1
Obst, frisch oder gekühlt	116,4	121,4	4,3
Tiefgefrorenes Obst	120,9	137	13,3
Trockenobst, Nüsse und Ähnliches	124,7	129	3,4
Obstkonserven	141,2	167,1	18,3
<i>Gemüse</i>	126,3	123,6	-2,1
Gemüse (ohne Kartoffeln), frisch oder gekühlt	118,1	117,1	-0,8
Gemüse (ohne Kartoffeln), tiefgefroren	147	152,9	4,0
Trockengemüse und konserviertes Gemüse	147,5	146,6	-0,6
Kartoffeln, frisch, gekühlt und verarbeitet	131,8	116,3	-11,8
Chips und -sticks	146,4	143,2	-2,2
<i>Zucker, Marmelade, Honig und andere Süßwaren</i>	137,5	146,5	6,5
Zucker	181,1	128,1	-29,3
Konfitüre, Marmelade, Honig und Ähnliches	130,4	124,3	-4,7
Schokoladen	142,7	172,9	21,2
Süßwaren	131,3	137,6	4,8
Speiseeis	132,1	129,5	-2,0
Süßstoffe und andere Süßungsmittel	112,6	113,2	0,5
<i>Nahrungsmittel, a.n.g.</i>	132,7	132,3	-0,3
Soßen, Würzen und Würzmittel	147	141,8	-3,5
Speisesalz, Küchenkräuter und Gewürze	120,3	123,1	2,3

	2024	2025	Veränderung in Prozent
Säuglings- und Kleinkindernahrung	126,5	129,3	2,2
Fertiggerichte, a.n.g.	123,1	124,6	1,2
Suppen und andere Nahrungsmittelzubereitungen	129,1	130,8	1,3
Alkoholfreie Getränke	131,1	141,8	8,2
<i>Kaffee, Tee und Kakao</i>	124,9	147,1	17,8
Kaffee und Ähnliches	125,5	153	21,9
Tee und teeähnliche Erzeugnisse	119,9	121,4	1,3
Kakaopulver oder Ähnliches	143,6	174,3	21,4
<i>Mineralwasser, Limonaden und Säfte</i>	133,8	139,4	4,2
Mineralwasser	128,9	131,6	2,1
Erfrischungsgetränke (ohne Mineralwasser)	130	134,7	3,6
Frucht- und Gemüsesäfte	145,9	156,9	7,5

Quelle: Statistisches Bundesamt (Destatis), 2025 | Stand: 14.10.2025, <https://www-genesis.destatis.de/datenbank/online/statistic/61111/table/61111-0004>

